

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Martin Reichardt, Birgit Bessin, René Bochmann, Gereon Bollmann, Marcus Bühl, Tobias Ebenberger, Jan Feser, Nicole Höchst, Michael Kaufmann, Martina Kempf, Sebastian Maack, Johann Martel, Matthias Moosdorf, Edgar Naujok, Kerstin Przygodda, Dr. Anna Rathert, Lukas Rehm, Angela Rudzka, Beatrix von Storch, Otto Strauß, Claudia Weiss, Christian Zaum, Alexander Arpaschi, Carsten Becker, Dr. Christoph Birghan, Joachim Bloch, Dr. Michael Blos, Thomas Dietz, Udo Theodor Hemmelgarn, Manuel Krauthausen, Arne Raue, Manfred Schiller, Dr. Paul Schmidt, Bernd Schuhmann, Thomas Stephan, Martina Uhr, Sven Wendorf, Ulrich von Zons und der Fraktion der AfD

Gewalt und andere Formen schwerwiegender Übergriffe an Schulen systematisch erfassen, untersuchen und durch geeignete Maßnahmen verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gewalt unter Schülern und Gewalt gegen Lehrer ist ein seit vielen Jahren grassierendes gesellschaftliches Problem, welches meist nur kurzzeitig Aufmerksamkeit erregt, wenn es zu Bluttaten gekommen ist, wie bei der Messerattacke eines 17-jährigen Kosovaren auf seine Lehrerin am 5. September 2025 in Essen.¹ Jedoch handelt es sich um ein Problem mit zuletzt wieder steigender Tendenz. So berichtet die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) unter Berufung auf Zahlen der Sicherheitsbehörden der Länder von insgesamt 27.470 Gewaltdelikten an Schulen 2023² – ein Anstieg von 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die Berliner Polizei registrierte 2021 insgesamt 1.133 sogenannte Rohheitsdelikte an Berliner Schulen. 2022 waren es 2.344 entsprechende Taten und für 2023 musste eine „erneute deutliche Steigerung der Fallzahlen“ verzeichnet werden.³ Diese Taten werden von den Schulen oder der Polizei den Medien selten öffentlich gemacht.⁴

¹ www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/essen-nrw-schueler-soll-lehrerin-in-denbauch-gestochen-haben-68ba9e5e4b4cea1e73bab8f0

² zitiert in: www.zeit.de/gesellschaft/schule/2024-09/gewaltdelikte-schulen-anstieg-2023

³ www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/03/berlin-polizeistatistik-gewalttaten-an-berliner-schulen-nehmen-zu.html

⁴ ebenda

Bundesweit 94.318 Straftaten in Schulen 2024, davon 743 Messerangriffe; 24.292 Straftaten bei schulischen Veranstaltungen, davon 284 mit einem Messer lautet nach Angaben der Bundesregierung die aktuelle Bilanz.⁵

Einer Studie des Verbands Bildung und Erziehung aus dem Jahr 2022 zufolge berichten rund zwei Drittel der befragten Schulleitungen von Fällen in den letzten 5 Jahren, in denen Lehrkräfte beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden.⁶ In einer Folgeuntersuchung 2024 gaben 60 % der befragten Schulleitungen an, dass Gewalt – egal, ob körperliche Gewalt, psychische Gewalt bzw. Formen des Mobbing – an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren „eher zugenommen“ hat, während nur 4 % eine Abnahme beobachtet haben. Betroffen sind besonders Haupt-, Real- und Gesamtschulen.⁷

Gemäß dem „Deutschen Schulbarometer 2024“, einer repräsentativen Lehrerumfrage im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, berichten 47 % der Lehrer von Problemen mit körperlicher oder psychischer Gewalt an ihrer Schule.⁸

Laut Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung „Gewaltbedingte Unfälle in der Schüler-Unfallversicherung 2023“ haben sich im Jahr 2023 insgesamt 64.897 gewaltbedingte Schülerunfälle (Gewalt zwischen Schülern) an allgemeinbildenden Schulen zugetragen. In dieser Erfassung sind lediglich gewaltbedingte Unfälle unter Schülern berücksichtigt, die zu körperlichen Schäden führten.⁹ In einer Folgeuntersuchung wurde zwar eine rückläufige Zahl „gewaltbedingter Unfälle“ registriert, dennoch sehen 44 % der befragten Lehrkräfte eine Zunahme körperlicher Gewalt. Das Spektrum von Gewalt ist aber viel umfangreicher und fängt deutlich vor der körperlichen Auseinandersetzung an – mit Beleidigungen, Mobbing, Bedrohungen oder Belästigungen, sei es im Klassenraum, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg oder in den sozialen Medien. 56 % der befragten Lehrkräfte sehen eine Zunahme psychischer Gewalt unter Schülern.¹⁰

Ausweislich der Antworten der Bundesregierung zu den Kleinen Anfragen

- der Abgeordneten Peter Heidt, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/28195 – vom 21.04.2021,
- der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Gereon Bollmann, Jürgen Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/59 – vom 29.11.2021,
- der Abgeordneten Thomas Seitz, Corinna Miazga und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/5742 – vom 09.03.2023,
- der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/11224 – vom 13.05.2024
- äußert sich die Bundesregierung mit Hinweis auf die Länderzuständigkeit nicht, inwieweit es bei unterhalb der Schwelle der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten schwer beeinträchtigenden Vorfällen an deutschen Schulen einen Informationsmangel gibt,
- strebt die Bundesregierung bisher keine gemeinsamen Projekte mit den Ländern an, um schwer beeinträchtigende Vorfälle unterhalb der PKS-Schwelle zu erfassen,

⁵ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD Bundestagsfraktion (Bundestagsdrucksache 21/904)

⁶ www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2022-11-11_DSLK_Bericht.pdf

⁷ www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2025-01-24_forsa-Bericht_Deutschland_Gewalt_an_Schule_u_gegen_Lehrkraefte.pdf

⁸ <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehrerumfrage-zeigt-gewaltprobleme-an-vielen-schulen/>

⁹ <https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/4986>

¹⁰ <https://forum.dguv.de/ausgabe/1-2025/artikel/gewalt-unter-schuelerinnen-und-schuelern-ergebnisse-einer-umfrage-unter-lehrkraeften>

- fördert die Bundesregierung derzeit keine Untersuchungen zur Ursachenforschung von Gewalt an Schulen und hat darüber auch keine Erkenntnisse,
- verweist die Bundesregierung in Hinblick auf Gewaltprävention auf das seit 2002 Bund-Länder-finanzierte Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) und auf Melde- und Unterstützungssysteme in den Ländern bei konkreten Gewaltvorfällen gegen Lehrer gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 6. Dezember 2018,
- weist die Bundesregierung insbesondere auf Antisemitismusprävention und demokratiestärkende Themen als aktuelle Schwerpunkte des ProPK hin.

Somit verfügt die Bundesregierung über kein klares Lagebild, betreibt keine Ursachenforschung und verweist auf Präventions- und Nachsorgeprogramme, die ausweislich der steigenden Zahlen an Gewaltvorfällen an Schulen offenkundig nicht ausreichend wirksam sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. in Zusammenarbeit des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein Programm aufzulegen, das sich an das ProPK anlehnt, mit dessen Hilfe ein umfassendes Lagebild der schwer beeinträchtigenden Vorfälle an Schulen auch unterhalb der Schwelle der in der PKS erfassten Straftaten erstellt wird;
2. in Zusammenarbeit mit den Ländern sozialwissenschaftliche Studien zu fördern, die sich dezidiert mit der Ursachenforschung verschiedener Formen von Gewalt an Schulen befassen und wissenschaftlich erforschen, welche Gewaltformen mit welchen Faktoren unter welchen Konstellationen vermehrt auftreten;
3. in dem Design der sozialwissenschaftlichen Studien die Untersuchung des möglichen Zusammenhangs von Migration und Gewalt an Schulen vorzusehen;
4. in Zusammenarbeit mit den Ländern auf Grundlage der in den sozialwissenschaftlichen Studien identifizierten Schwerpunkte und Ursachen Handlungskonzepte zu erarbeiten sowie entsprechende konkrete Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen folgen zu lassen.

Berlin, den 24. März 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

